



STADT STEIN AM RHEIN

7. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 11. Dezember 2009, 19.00 - 22.15 Uhr
im Ratsaal Stein am Rhein

Vorsitz:	Rietmann Katharina	Pro Stein	Präsidentin
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>		
	Breitenmoser Sabine	SP	
	Cantieni Arthur	SP	Vizepräsident
	Derrer Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer Claudia Pia	Parteilos	
	Hilty David	FDP	
	Käser Werner	FDP	
	Knecht Ursula	FDP	
	Lengwiler Guido	Pro Stein	
	Marty Franz	CVP	Aktuar
	Oster Rolf	SP	
	Schlatter Richard	Pro Stein	
	Schmid Werner	FDP	Stimmenzähler
	Ullmann André	Pro Stein	
	Weibel Urs Dr.	SP	
	<u>Stadtrat</u>		
	Hostettmann Franz	Stadtpräsident	
	Böhni Ernst	Werkreferent	
	Hug Beat	Baureferent	
	Meile René	Sozialreferent	
	Schilling Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>		
	Jost Fritz	Stadtschreiber	
	Furger Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi Beat	Polizeichef/Weibel	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>		
	Häberli Roland	Präsident	
	Oderbolz Markus	Mitglied GPK	
	Schäffeler René	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	Breitenmoser Sabine	SP	
	Oster Rolf	SP	
Protokoll:	Vögeli Werner	Protokollführer	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 23. Oktober 2009
2. Voranschlag 2010, Genehmigung (fakultatives Referendum)
3. Finanzplan 2010-2013, Kenntnisnahme
4. Degerfeld, GB Nr. 955, Genehmigung des Tauschvertrages mit Theodor Müller, Stein am Rhein (obligatorisches Referendum)
5. Feuerwehrverordnung vom 29. Oktober 1993, Änderung von Art. 11 (fakultatives Referendum)
6. Stand Planungen "Stadtbus". Interpellation von Werner Schmid und drei Mitunterzeichnenden. Begründung und Beantwortung.
7. Bootshafen aufwerten. Postulat Werner Käser vom 14. November 2009. Begründung, Erheblicherklärung.
8. Wahl des Ratsbüros für 2010
 - Präsidentin oder Präsident
 - Vizepräsidentin oder Vizepräsident
 - Aktuarin oder Aktuar
 - Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler
9. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Katharina Rietmann begrüsst um 19.00 Uhr die Anwesenden, speziell die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und den Zentralverwalter Martin Furger.

Sabine Breitenmoser und Rolf Oster haben sich entschuldigt.

Zur Traktandenliste beantragt die Ratspräsidentin, die Wahlen auf Traktandum 6 vorzuziehen. Das wurde mit dem Interpellanten und dem Postulanten besprochen. Der Rat stimmt einstimmig zu.

Traktandum 1

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 6. Sitzung vom Freitag, 23. Oktober 2009 wird genehmigt.

Traktandum 2

36 02.25.005 FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag Voranschlag 2010

Sachverhalt

Die laufende Rechnung sieht einen Ertragsüberschuss von Fr. 76'890.-- gemäss folgender Übersicht vor:

Nettoaufwand in Fr.	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Veränderung %
0 Allgemeine Verwaltung	1'768'710	1'783'900	0.9 %
1 Öffentliche Sicherheit	421'140	462'990	9.9 %
2 Bildung	3'613'000	3'450'900	-4.5 %
3 Kultur, Freizeit	546'620	572'520	4.7 %
4 Gesundheit	84'000	14'550	-82.7 %
5 Soziale Wohlfahrt	1'045'650	1'090'750	4.3 %
6 Verkehr	379'000	415'800	9.7 %
7 Umwelt, Raumordnung	245'800	300'200	22.1 %

8 Volkswirtschaft	201'100	213'900	6.4 %
9 Finanzen, Steuern	-8'453'800	-8'382'400	-0.8 %
Total Ergebnis	-148'780	-76'890	

Das Ergebnis des Voranschlages 2010 entspricht weitgehend der Prognose des Finanzplanes 2009-2012, der für das Jahr 2010 einen Ertragsüberschuss von Fr. 60'000.-- vorsieht. Bemerkenswert sind die prozentualen Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag 2009 in den Bereichen Gesundheit, Umwelt/Raumordnung, Öffentliche Sicherheit und Verkehr, wobei jedoch die frankenmässige Veränderung bei diesen Positionen nicht stark ins Gewicht fällt. Die Abweichungen sind im Kommentar zum Voranschlag 2010 ausführlich begründet.

Die Anteile der einzelnen Ausgabebereiche am Gesamtkuchen bleiben im Vergleich zum Vorjahr beinahe gleich. Die Bildungskosten nehmen von 43 % auf 42 % der Gesamtausgaben leicht ab. Sie machen aber immer noch den grössten Ausgabenposten aus. Dafür nehmen die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt aufgrund steigender Krankenversicherungsprämien von 12 % auf 13 % der Gesamtausgaben zu.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung weist Nettoinvestitionen im Betrag von Fr. 2'994'500.-- (Vorjahr Fr. 1'240'000.--) aus. Sie beinhaltet eine erste Tranche im Betrag von 1,0 Mio. Franken für den Bau des Parkhauses Untertor. Die Finanzierung des Parkhauses erfolgt durch kostendeckende Einnahmen. Es handelt sich aus heutiger Sicht um eine Anlage des Finanzvermögens, welche die Gemeinderechnung nicht belastet. Daneben sieht die Investitionsrechnung die aus Gründen der Versorgungssicherheit dringend notwendige Sanierung des Pumpwerks Etzwilen und den Zusammenschluss mit der Wasserversorgung der Gemeinde Hemishofen gemäss GWP vor. Diese Vorhaben können durch ausreichende Einnahmen und Reserven finanziert werden. Ausserdem enthält der Voranschlag die notwendigen Kredite für die Anschaffung von Fahrzeugen für das Bauamt und die Feuerwehr, den tranchenweisen Ersatz der IT-Anlagen der Stadtverwaltung und der Schulen, verschiedene Strassenbauprojekte, den Ersatz der bestehenden Notheizungen des Wärmeverbundes, die Sanierung der wertvollen Malereien in der Nordkapelle der Stadtkirche, die Erweiterung des Parkplatzes beim Schützenhaus sowie die Planung der Strandbad- und Rathaussanierung vor. 70 % der geplanten Investitionen können durch kostendeckende Gebühren und Einnahmen finanziert werden, sodass im Jahr 2010 erneut keine eigentliche Neuverschuldung in Kauf genommen werden muss.

Der Stadtrat ist erfreut, auch in einem schwierigen und unsicheren Umfeld einen Voranschlag präsentieren zu können, welcher der Vorgabe eines ausgeglichenen Finanzhaushalts gerecht wird. Die Voraussetzungen dafür wurden mit einer vorsichtigen und vorausschauenden Finanzpolitik in den Vorjahren geschaffen, was sich nun auszahlt. Der Voranschlag beinhaltet erneut Entlastungen bei den Steuern und erfüllt gleichzeitig die Voraussetzungen für den Schuldenabbau und zukunftsgerichtete Investitionen. Er zeigt jedoch auch die Grenzen unseres Finanzhaushaltes auf, die eine Priorisierung der geplanten Investitionsvorhaben notwendig machen, auch wenn die gleichzeitige Realisierung aller Vorhaben wünschbar wäre.

Der Stadtrat dankt den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre Mithilfe bei der Erstellung des Voranschlages 2010 und der Jakob und Emma Windler Stiftung für die grosszügige Unterstützung, ohne die der finanzielle Spielraum der Gemeinde bedeutend geringer wäre.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt zu beschliessen:

1. Dem Voranschlag laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2010 wird zugestimmt.
2. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2010 eine Gemeindesteuer von 97 % zu erheben.

Finanzreferentin Heidi Schilling beantragt, in der Eintretensdebatte Budget und Finanzplan zusammen zu behandeln. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

Zum Budget 2010 führt sie Folgendes aus

Wiederum ist der Stadtrat erfreut, ein ausgeglichenes Budget mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 77'000.- vorweisen zu können. Er freut sich, auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit den Steuerfuss um 1% senken zu können. Wir konnten in den letzten Jahren genügend Reserven bilden, sodass eine Steuerreduktion zu verantworten ist. Neu wird unser Steuerfuss im kantonalen Mittel von 97 % liegen. Unsere Finanzlage ist gesund. In allen Abteilungen der Verwaltung wird kostenbewusst gearbeitet. Die seit Jahren praktizierte Drittelsregelung (ein Drittel Schuldenabbau, ein Drittel steuerliche Attraktivierung und ein Drittel Investitionen) hat sich bewährt.

Die Bildungskosten liegen bei 42 % der Gesamtausgaben. Der Besoldungsaufwand wird jedoch sinken, denn an der Primarschule werden ab kommendem Schuljahr zwei Klassen weniger geführt, dies als Folge rückgängiger Schülerzahlen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Kanton die Bildungskosten zu Lasten der Gemeinden verschieben wird. Der Kantonsanteil könnte sich von bisher 43.5 % neu auf 40,5 % reduzieren. Im Budget 2010 ist diese Erhöhung bereits ausgewiesen. Der Kantonsrat wird den Antrag 2010 behandeln.

Zum Finanz- und Investitionsplan

Der Finanzplan gibt einen Ausblick auf die mutmassliche Entwicklung bis zum Jahr 2013. Der Investitionsplan sieht in den Jahren von 2010 bis 2013 Nettoinvestitionen von 32 Millionen Franken vor. Ein Drittel davon ist über Gebühren und Einnahmen finanzierbar. Die Berechnungen zeigen, dass all die geplanten Investitionen unsere finanziellen Möglichkeiten eigentlich überschreiten. Wir können uns diese gar nicht leisten, müssen Prioritäten setzen. Am wichtigsten erscheint zurzeit der Bau der Dreifachturnhalle als Ersatz der HOGA-Halle. Für das Schulturnen würde eine Renovation der alten Halle für ungefähr zwei Millionen ausreichen. Es ist jedoch äusserst wichtig, dass unsere Vereine, welche die Halle ebenfalls intensiv benützen, zusätzlichen Raum erhalten. Weiter steht das Parkhaus Untertor an, dazu die Aufwertung Vor der Brugg mit der Bahnhofunterführung, der Bau von Alterswohnungen, die Sanierung des Strandbads, die Rheinufergestaltung und der Chirchhofplatz.

Für Investitionen haben wir jährlich eine Million zur Verfügung, ohne dass eine Neuverschuldung eintritt. Dank der vorhandenen Rückstellungen und angelegten Reserven sollte es vermeidbar sein, eine Objektsteuer zu erheben. Entscheidend ist

natürlich, wieweit sich die Wirtschaftslage wieder erholt. Der Stadtrat rechnet damit, dass sich bis 2013 eine Entspannung abzeichnen wird.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag 2010 geprüft und die Ergebnisse besprochen. Sie hat dem Stadtrat diverse Anträge unterbreitet. Diese Änderungswünsche und Ergänzungen sind aufgenommen und weitgehend auch übernommen worden. Es bestehen jedoch Differenzen, vor allem was den Parkplatzfonds anbelangt. Der Stadtrat hält sich bei seinen Entscheidungen an das bestehende Reglement.

Die Finanzreferentin bedankt sich bei allen, die am Budget 2010 mitgearbeitet haben, allen voran dem Zentralverwalter Martin Furger, dem Stadtrat, der Verwaltung, den Schulleitungen, der GPK und dem Einwohnerrat. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass ohne die grosszügige Unterstützung durch die Jakob und Emma Windler - Stiftung unser finanzieller Spielraum noch kleiner wäre. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Stiftung.

Bericht der GPK

Vorgängig erklärt **Ratspräsidentin Katharina Rietmann**, die das Fehlen der Unterschrift von Sabine Breitenmoser liege an einem Versehen; sie wird nachträglich angebracht.

Roland Häberli, Präsident der GPK bedankt sich einleitend bei allen Beteiligten für die jederzeit gute Zusammenarbeit. Die Arbeit umfasste vier Sitzungen. An der Schlusssitzung waren Zentralverwalter Martin Furger und Finanzreferentin Heidi Schilling anwesend. Daneben erstellte die Kommission noch eine Wirtschaftlichkeitsrechnung für das neue Parkhaus.

Zum Voranschlag 2010:

Im Gegensatz zu den vorgängigen Berichten beschränkt sich die GPK auf die allgemeinen Punkte. In der Detailberatung werden Markus Oderbolz, René Schöffeler, David Hilty und der Sprechende die Meinung der Kommission zu den wichtigsten und problematischen Budgetpositionen bekannt geben. Dazu werden sie ihre vier Anträge und ihren Hinweis zum Parkhaus ebenfalls bei der Detailberatung genauer begründen.

Eine erste Feststellung betrifft den Voranschlag im Allgemeinen. Dieser soll eine möglichst genaue Vorhersage der zu erwartenden Rechnung des folgenden Jahres wiedergeben. In den letzten Jahren schlossen diese Rechnungen durchwegs sehr viel besser ab als das Budget es voraussagte. Dabei stimmten die Ausgaben, ausser den zusätzlichen, vom Einwohnerrat und vom Stadtrat beschlossenen Mehrausgaben, mehrheitlich mit dem Budget überein, während bei den Einnahmen die Erwartungen zum Teil massiv übertroffen wurden.

Anlass zu Diskussionen gab auch die Bewirtschaftung der Erneuerungsfonds bei der Wasserversorgung, der Kanalisation, der Entsorgung und des Wärmeverbundes. Hier müssen genau festgelegte Kriterien über Einlagen und Bezüge vorhanden sein. Es dürfen keine Gebühren auf Vorrat erhoben werden; andererseits müssen sie so hoch sein, dass damit die langfristigen Investitionen und die wiederkehrenden Ausgaben gedeckt sind. Dies ist durch entsprechende Wirtschaftlichkeitsrechnungen zu unterlegen, welche regelmässig zu aktualisieren sind. Es sollten klare und einfache Fondsreglemente vorhanden sein. Klare Kriterien braucht es auch für die Entnahmen aus anderen Spezialfinanzierungen wie den neu gebildeten Fonds für die Sporthalle Hoga und für die Aufwertung des Quartiers Vor der Brugg. Idealerweise sollten mit dem Vorschlag von Einlagen in solche Fonds auch deren Verwendung definiert und bekannt gegeben werden.

Bei den Investitionen sind eindeutige Kriterien, insbesondere Betragsgrenzen, festzulegen, ferner wann die Ausgaben als Investitionen zu behandeln sind und ab welchem Zeitpunkt sie abgeschrieben werden (zum Beispiel bei überjährigen Investitionen). Dann sollte festgelegt werden, in welchen Fällen individuelle Abschreibungssätze angewendet werden können.

Im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Parkhauses muss das Reglement des Parkplatzfonds angepasst werden. Speziell sind die Zuweisungen der Erträge und Aufwendungen aus der laufenden und aus der Investitionsrechnung in den Parkplatzfonds genau festzulegen. Dazu sind auch die möglichen Entnahmen für den Tourismus und den öffentlichen Verkehr so zu begrenzen, dass er nicht negativ wird. Die meisten Budgetpositionen werden auf Grund der geplanten Einnahmen oder Ausgaben und auf Grund der Erfahrungen aus den Vorjahren realistisch geplant. Die GPK wünscht, dass in Zukunft speziell bei den Zinsen und den Steuereinnahmen auch eine Anpassung an die Realität erfolgt.

Zum Finanzplan 2010 bis 2013

Noch selten waren die Unsicherheiten so gross wie bei diesem Finanzplan. Voraussagen über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind nur beschränkt möglich. Damit ist auch die Entwicklung zum Beispiel bei den Steuereinnahmen nur sehr schwer voraussagbar.

Bei den geplanten grossen Investitionen (Parkhaus Untertor, Sporthalle, Alterswohnungen, neue Bahnunterführung, Neugestaltung des Rheinufer von der Schifflande zum Strandbad) sind der Realisierungszeitpunkt und die Finanzierung noch weitgehend offen. Da die Stadt Stein am Rhein für diese Vorhaben nur begrenzte Mittel zur Verfügung hat, müssen entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Dazu müssen alle diese Projekte von der Bevölkerung zuerst noch gutgeheissen werden. Die damit zusammenhängenden Zinsen und Abschreibungen sind so mit einem grossen Unsicherheitsfaktor behaftet. Damit erhält der Finanzplan nur eine sehr vage Aussagekraft.

Wenn der Kanton weiterhin immer mehr Aufgaben den Gemeinden überträgt, wie zum Beispiel bei den Lehrerbessoldungen, wo der Kanton nur noch 40,5 statt wie bisher 43,5% übernimmt, muss auch hier in Zukunft mit Mehrkosten gerechnet werden.

Eintretensdebatte

Urs Weibel nimmt im Namen der SP-Fraktion wie folgt Stellung:

Die SP tritt auf das Budget in der vorliegenden Form ein. Es führte in der Fraktionssitzung zu Diskussionen, nicht aber zu Opposition. Sie dankt der Finanzreferentin, dem Stadtrat, dem Zentralverwalter, der GPK, der Windler- und weiteren Stiftungen herzlich.

Eine besondere Qualität des Budgets sind die ausführlichen Kommentare. Sie sind hilfreich und verkürzen die Diskussionen. Es gibt kaum eine relevante Position, die nicht kommentiert ist.

Das Budget 2010 ist klar die Fortschreibung der Finanzpolitik der vergangenen Jahre, der kontrollierten, schrittweisen Steuersenkung, den Einlagen in die Spezialfinanzierungen Hoga und Vor der Brugg. Davon profitieren wir jetzt und in Zukunft enorm.

Zu den Steuern: In der Fraktion wurde die einprozentige Steuersenkung diskutiert. Man fragte sich, ob dies richtig sei. Sie ist vertretbar auf Grund des vorliegenden Budgets, nicht aber um des Steuerwettbewerbs willen. Insgesamt beträgt sie 7%. Grundsätzlich ist der Steuerwettbewerb das falsche Spielfeld. Die öffentliche Hand

muss vermehrt über Leistungen, Angebot und Qualität definiert werden. Dazu gehören Investitionen, Abschreibungen und Unterhalt der Infrastruktur. Stein am Rhein ist diesbezüglich attraktiv; das hat aber seinen Preis.

Dass Stein am Rhein erneut die Steuern senkt, wird uns morgen wohl zu Schlagzeilen verhelfen. Das lesen aber nicht nur potentielle Neuzuzüger, sondern auch die Behörden anderer Gemeinden und des Kantons, also potentielle Beitragszahler.

Die Auswirkungen des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen und gleichzeitig die Vorschrift von Ausgaben, die bei Gemeinden zu Kosten führen, können teilweise die Gemeinden auslöffeln; aktuelles Beispiel ist der Besoldungsanteil für die Lehrer oder die IT-Kosten. Das kann nicht die Lösung sein; hier müssen wir zusammenspannen. Beim letzten Budget schon wurde im Zeichen der Finanzkrise davon gesprochen, die fetten Jahre seien nun vorbei. Im Budget 2010 steigt der Aufwand wieder um eine dreiviertel Millionen Franken oder 4%, die Einnahmen aber nur um 670'000 Franken. Das ist ein Schönheitsfehler. Und der Finanzplan zeigt, dass in Zukunft sehr viel auf uns zukommen wird.

Es wurde bereits erwähnt, dass Stein am Rhein attraktiv ist. Das kostet; wir leisten uns einiges, um attraktiv zu sein und zu bleiben. In Zukunft wird die Devise vermehrt Masshalten lauten; das zeigt der Finanzplan. Wir müssen

- Nötiges vom Unnötigen trennen;
- Projekte vom Wünschbaren auf das Machbare, das heisst auch auf das Bezahlbare, reduzieren;
- Prioritäten setzen.

Das gilt im Grossen wie im Kleinen und wird für die nächsten Jahre eine politische Herausforderung bilden; denn jeder hat da so seine eigenen Vorstellungen.

Zum Papier der GPK: Diese hat das Budget mit Fachkompetenz seriös geprüft. Bei einem Teil ihrer Anträge stellt sich die Frage nach dem Adressaten: Was liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates, was in derjenigen des Stadtrates?

Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Dass sich die GPK hauptsächlich mit dem Parkplatzfonds auseinandergesetzt hat, lässt sich nur mit dem Bau des Parkhauses erklären. An der Haltung der SP hat sich nichts geändert: Dafür dürfen keine Steuermittel eingesetzt werden. Es ist somit auch der falsche Ansatz, bisherige Entnahmen aus dem Parkplatzfonds der laufenden Rechnung zuzuweisen. Richtig wäre es zu prüfen, wie das Projekt verbilligt und optimiert werden kann.

Zum Finanzplan: Dieser wird als Führungsinstrument, nicht aber als Wunschkatalog dankend zur Kenntnis genommen. Der Blick in die Zukunft zeigt einen grossen Investitionsbedarf. Vieles davon sind Wünsche mit finanziellen Konsequenzen. Der Stadtrat und der Einwohnerrat sind gefordert. Wir müssen Mass halten, Nötiges vom Wünschbaren unterscheiden, Mach- und Bezahlbares herausfiltern und Prioritäten setzen. Vergleicht man den Finanzplan 2009 bis 2012 mit dem vorliegenden, stellt man doch einige Verschiebungen fest. Man rechnet mit eher geringeren Erträgen und, mit Ausnahme der Bildung, mit höherem Aufwand. Das heisst dass wir uns in einem schwierigen Umfeld befinden; das Führungsinstrument muss seriös geprüft und ernst genommen werden, damit die entsprechenden Prioritäten gesetzt werden können. Die Fraktion tritt auf das sorgfältig erarbeitete Budget ein und hofft, dass wie bisher auch nächstes Jahr die Einnahmen eher zu defensiv eingeschätzt wurden.

David Hilty, FDP dankt im Namen seiner Fraktion dem Stadtrat, der Finanzreferentin und dem Zentralverwalter für ihre Arbeit. Es ist angenehm wenn die Zahlen, über die der Einwohnerrat entscheiden muss, auch kommentiert sind.

Gerade in diesen unsicheren Zeiten ist es schwierig, ein Budget zu erstellen, vor allem auf der Einnahmenseite. Das ersehen wir auch aus den Fragezeichen der GPK bezüglich der Steuereinnahmen und der Zinsen. Dass wir auch dieses Jahr die Steuern um ein Prozent senken können, ist sehr positiv. Das ist ein gutes Zeichen für Stein am Rhein in einer Zeit, wo andere Gemeinden eher rote Zahlen schreiben und die Steuern sicher nicht senken können.

Sorgen bereitet der bürgerlichen Fraktion weniger das Budget, sondern die Zukunft. Damit leitet David Hilty zum Finanzplan über. Wenn wir die geplanten Investitionen betrachten, stellen wir fest, dass darin deutlich zu viel enthalten ist, mehr als Stein am Rhein sich leisten kann. Wir werden noch einige Male Gedanken darüber anstellen müssen, was wie wann in welcher Form realisiert werden kann. Die Fraktion wünscht sich, dass im nächsten Investitionsplan darauf Gewicht gelegt wird. Die Entwicklung der Zahlen zu verfolgen ist schön, doch matchentscheidend sind die Investitionen. Auch sollten Erklärungen abgegeben werden, warum man was wie priorisieren will. Das würde helfen, dem Volk die Vorhaben zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Reihenfolge beizubringen.

Zu den Zahlen der Bildung: Wir sind wahrscheinlich eine der Gemeinden, bei denen dieses Budget nicht einmal so besonders gross ist. Es gibt Gemeinden, die ihr ganzes Steueraufkommen für die Bildung ausgeben. Bildung ist teuer, aber nicht nur in Stein am Rhein.

Die bürgerliche Fraktion befürwortet Eintreten. Sie wird sich bei einzelnen Positionen zum Wort melden.

André Ullmann, Pro Stein geht im Namen seiner Fraktion zuerst auf den Finanzplan ein, denn dieser zeigt den allgemeinen Trend auf. Und wenn wir nicht auf dem linken Fuss erwischt werden wollen, müssen wir diesen Trend beziehungsweise die Trendwende früh genug erkennen, um entsprechend Gegensteuer geben zu können. Für die Pro Stein ist klar, dass die Phase der fetten Jahre mit effektiven Überschüssen von 1,5 bis 3,2 Millionen Franken zu Ende ist. Auf der Ertragsseite fallen die ausserordentlichen Steuererträge weg oder kehren sich gar ins Gegenteil, wenn die Konjunktur nicht wieder anzieht. Auf der Ausgabenseite wollen wir gemäss Finanzplan eine ganze Reihe von Grossprojekten realisieren. Die gesamte Investitionssumme über die nächsten vier Jahre beträgt brutto knapp 58 Millionen Franken; netto sind es immerhin noch die erwähnten 32 Millionen, und der Betrag, welcher durch Steuern zu finanzieren ist beläuft sich letztlich auf 21 Millionen. Diese Investitionen sind enorm und entsprechen in dieser Form einer Wunschliste. Der Stadtrat stellt im Kommentar zum Budget 2010 richtigerweise fest: *„Die Finanzierung dieser Vorhaben mit Mitteln der laufenden Rechnung würde – auch bei einem Verzicht auf weitere Steuererleichterungen – die Möglichkeiten unseres Finanzhaushaltes aus heutiger Sicht bei Weitem übersteigen.“* In der Schlussbemerkung zum Finanzplan allerdings suggeriert er dann, dass die ausserordentlichen Investitionen in den nächsten Jahren keine bleibenden Spuren im Finanzhaushalt hinterlassen werden. Dahinter stecken viele Wenn und Aber, auf welche die Fraktion nachfolgend hinweisen will:

Als ein Mittel oder einen Ausweg sieht der Stadtrat eine Erholung der Wirtschaftslage ab 2012, die ab 2013 wieder zu höheren Steuereinnahmen führen soll. Die Fraktion behauptet nicht, diese Aussage sei falsch. Auch sie weiss es nicht besser. In einem Finanzplan auf dieser Annahme zu basieren ist jedoch gefährlich. Trifft die Erholung nämlich nicht ein, ist es zu spät. Dann sitzen wir auf dem Schuldenberg und haben keinen Handlungsspielraum mehr. Als falsch erachtet die Fraktion in diesem Zusammenhang auch die Aussage des Stadtrates *„Inwieweit die zusätzlichen*

Aufwendungen später zusätzliche Einnahmen erfordern, muss jeweils im Rahmen des jährlichen Voranschlages festgelegt werden.“ Das heisst nichts anderes als dass wir dann nachträglich den Steuerfuss massiv anheben müssen. Allein auf den im Finanzplan vorgesehenen Projekten beträgt diese potentielle Steuerfusserhöhung zehn Prozentpunkte. Die Fraktion ist nicht bereit, dem Steuerzahler nachträglich eine Anhebung des Steuerfusses um zehn oder mehr Prozentpunkte aufzwingen zu müssen. Als Konsequenz ist es daher aus Sicht der Pro Stein unumgänglich, dass der Stadtrat und die politischen Fraktionen in den nächsten Monaten eine Priorisierung vornehmen, insbesondere für all jene Grossprojekte, welche über Steuereinnahmen finanziert werden, und diese auch kommunizieren, und zwar bevor die erste Vorlage dem Volk unterbreitet wird. Darüber hinaus muss in den Vorlagen transparent gemacht werden, in welchem Masse die einzelnen Projekte die Steuerzahler belasten werden, und dies unabhängig davon, ob dies über die laufende Rechnung oder über eine Objektsteuer geschieht. Aus Sicht der Pro Stein müssen wir zudem die Projekte in zwingende und wünschbare Elemente unterteilen und entsprechend als Varianten zur Abstimmung bringen. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Steuerzahler ein anderes Vorgehen nicht akzeptieren wird (siehe Chirchhofplatz). Davon betroffen sind folgende Projekte:

- Sporthalle HOGA, Trennung in zwingende und wünschenswerte Anliegen;
- Vor der Brugg, Beschränkung auf eine erste wichtige Tranche. Weitere Tranchen müssen möglicherweise auf Jahre hinaus warten;
- Strandbadsanierung;
- Chirchhofplatz.

Zusätzlich betroffen sind auch die Neugestaltung des Rheinufer und die Rathaussanierung, also jene Projekte, für welche die Finanzierung noch offen ist. Dies ist aus Sicht der Pro Stein und auch derjenigen seiner Vorredner der mit Abstand wichtigste Aspekt des Finanzplans, der auch die anderen Elemente der laufenden Rechnung massgeblich beeinflussen wird. Eine Frage aber stellt André Ullmann noch: Wie lange dauert die Übergangsfrist bei den Kantonsbeiträgen an die Löschwasserversorgung? Das Vorziehen von grösseren, notwendigen Vorhaben sollte auf jeden Fall in Erwägung gezogen werden, allenfalls sogar bereits im Jahre 2010, damit wir von den Unterstützungen noch profitieren können.

Damit kommt André Ullmann auf das Budget des Jahres 2010 zu sprechen. Die Fraktion erachtet es insgesamt als kostenbewusst und ausgewogen. Insbesondere beinhaltet es Entlastungen bei den Steuern und erlaubt zukunftsgerichtete Investitionen. Wie die GPK jedoch schon feststellte, geht der Voranschlag bei den freiwilligen Abschreibungen deutlich zu weit. Hiermit bezieht sich der Sprecher auf die einmalige, komplette Abschreibung der Erweiterung des Parklatzes Schützenhaus. Diese sollte wie alle anderen Investitionen dieser Art im Budget normal abgeschrieben werden. Hier fügt der Sprecher ein, dass die Fraktion alle übrigen Vorschläge der GPK ebenfalls einstimmig unterstützen wird. Sie sind sachlich richtig begründet und machen Sinn.

Seitens der Pro Stein sind aus der Diskussion noch folgende Punkte erwähnenswert:

1. Grossprojekte in der Investitionsrechnung: Diese werden uns 2010 noch im Detail beschäftigen, denn die vorgesehenen Beträge für Vor- und Bauprojekte müssen auf Grund ihrer Höhe als Vorlage vor das Volk und werden erst nach deren Annahme wirksam.
2. IT-Neubeschaffungen im Bereich Verwaltung und Schule: Hier stehen in den nächsten vier Jahren Kosten in der Höhe von knapp 300'000 Franken an. Die Fraktion schlägt keine Kommission vor, die sich damit beschäftigen soll. Der Zentralverwalter, der neue Stadtschreiber und ein Vertreter der Schule sollten

jedoch prüfen, ob über das Gesamtpaket eine langfristig kostengünstigere Lösung möglich sei, zum Beispiel mittels Leasing oder die spezifische Unterstützung durch Hardware- oder Softwarehersteller.

3. Umlagerung der Lehrerlöhne vom Kanton zu den Gemeinden (Senkung des Kantonsanteils von 43,5% auf 40,5%, Fr. 120'000.- beziehungsweise rund 1,5 Steuerprozent): Dies erachtet die Pro Stein im Hinblick auf die anstehenden Änderungen im Bildungswesen als völlig falsches Signal. Der Kanton schiebt die voraussichtlichen Mehrkosten vorsorglich auf die Gemeinden ab. Er sollte jedoch mehr als 50% der Lehrerlöhne übernehmen, denn er legt letztlich die wichtigsten Parameter wie Klassengrösse, Salär etc. fest. Hier appelliert die Fraktion an unsere Kantonsräte, sich im Parlament entsprechend einzubringen.
4. Entwicklung der Steuerbelastung: Die Angaben zu den Steuersenkungen sind absolut richtig und erwähnenswert. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Periode der eine solche der Steuererhöhungen vorausgegangen ist. Wir hatten in Stein am Rhein den Steuerfuss von ehemals 105 auf 110% angehoben. Zudem wurden in den letzten Jahren diverse Gebühren eingeführt oder angehoben, welche den Effekt der reduzierten Steuerausgaben ebenfalls schmälern.
5. Details laufende Rechnung und Investitionsrechnung: Hierauf geht André Ullmann im Eintreten nicht weiter ein. Die Vertreter der Pro Stein werden sich in der Detailberatung zu Wort melden und entsprechende Anträge stellen.

Abschliessen dankt die Fraktion dem Stadtrat und dem Zentralverwalter für die übersichtliche Darstellung und die zahlreichen klaren Erläuterungen. Die Transparenz und die Verständlichkeit sind einmal mehr hervorragend. Auch der GPK dankt sie für ihre detaillierte, kritische und zeitintensive Arbeit. Die sehr konkreten und fundierten Verbesserungsvorschläge erleichtern dem Einwohnerrat die Arbeit enorm. Danken möchte sie auch der Jakob und Emma Windler-Stiftung, speziell für ihre Unterstützung ausserhalb des baulichen Bereiches wie zum Beispiel im Bereich der sozialen Wohlfahrt. Allerdings hat die Stiftung auch negative Auswirkungen, besonders im Bereich der Kommissionen. Dort ist leider ein erhöhter Frustrationsgrad festzustellen, da keine verlässlichen Zusagen vorliegen.

Die Fraktion befürwortet einstimmig Eintreten auf den Voranschlag 2010.

Franz Marty, CVP teilt mit, er habe als Kantonsrat eine Motion zur Neuregelung der Kantonsfinanzen unterschrieben, ebenso Franz Hostettmann und Beat Hug. Er stellt das Dokument zur Einsicht zur Verfügung. Im Protokoll des Kantonsrates über die nächste Sitzung wird ein Votum des Finanzdirektors zu lesen sein, in welchem dieser ausführen wird, wie stark der Kanton die Gemeinden entlastet.

Detailberatung

Pos. 022.301.00: **Franz Marty, CVP** wendet ein, im Falle eines Budgetreferendums könnte der Steuerzahler dem Stadtrat und der Verwaltung Verschleuderung von Steuergeldern vorwerfen.

Pos. 024.301.11: **Franz Marty, CVP** erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen der Erstellung eines Konzepts für den Unterhalt der öffentlichen Anlagen. Wird da Hilfe von aussen oder Beratung notwendig? Das Vorhaben ist nicht kostenneutral. **Werkreferent Ernst Böhni** bestätigt diese Aussage. Die Erstellung einer Führungshilfe für das Bauamt benötigt professionelle Hilfe. Man erhofft sich eine Verbesserung der Effizienz. **Franz Marty** bittet um Angaben zum Betrag. **Ernst**

Böhni kann den Aufwand jetzt nicht beziffern. **David Hilty, FDP** erkundigt sich, ob das Vorhaben ohne Angabe der Kosten budgetiert sei. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, es handle sich um einen Beschluss des Stadtrates. Der Werkchef, zusammen mit dem Werkreferenten, dem Stadtpräsidenten, dem Baureferenten, dem Bauverwalter und gegebenenfalls einer Fachkraft treffen sich zu einer Sitzung, in welcher festgelegt wird, was unternommen werden soll. Für die auswärtige Hilfe stellt er sich einen Betrag von schätzungsweise 5'000 bis 6'000 Franken vor. Eine Offerte fehlt noch.

Pos. 113.01.11 und Pos. 620.301.06 **Roland Häberli, Präsident GPK**, stellt im Namen dieser Kommission folgenden Antrag:

Der Aufwand für die Parkplatzkontrolle und den Bussenbezug von Fr. 50'000.- ist analog dem Ertrag aus den Parkbussen in der laufenden Rechnung zu erfassen und nicht dem Parkplatzfonds zu belasten. Die GPK ist der Ansicht, wenn der Ertrag aus dem Busseneinzug der laufenden Rechnung gutgeschrieben wird, sind auch die Aufwendungen entsprechend zu belasten. Damit entfällt die Weiterverrechnung des Besoldungsanteils der Stadtpolizei von Fr. 50'000.- von Pos. 113.301.11 nach Pos. 620.301.06, und der Überschuss (Einlage in den Parkplatzfonds) erhöht sich um diesen Betrag.

Aus Sicht des Grundsatzes „gleicher Aufwand – gleicher Ertrag“ ist es notwendig, diese Korrektur vorzunehmen, auch wenn dies bisher immer so gehandhabt wurde. Verbesserungen sollten möglich sein.

Diskussion:

Urs Weibel, SP erklärt, seine Fraktion tue sich schwer mit diesem Antrag. Die Aufgabe der Parkplatzkontrolle besteht in erster Linie darin, dafür zu sorgen, dass die Parkgebühr bezahlt wird, und nicht im Erteilen von Bussen; das ist der Nebeneffekt. Dann gehören auch die Bussen in den Parkplatzfonds. Das bedingt aber eine Änderung des Reglements, und das ist eine harte Nuss. Die Fraktion wird dem Antrag aus den erwähnten Gründen nicht zustimmen. **David Hilty, FDP** sieht die sauberste Lösung darin, beides dem Parkplatzfonds zuzuweisen. Zugleich muss die Überarbeitung des Reglements angegangen werden, und er hofft, dass dies auch der Fall sein wird. Was Urs Weibel sagt stimmt, doch um die Bussenbescheide auszufüllen und den Eingang der Busse zu kontrollieren, ist ein grosser Aufwand notwendig. Die GPK ist der Meinung, beide Beträge, Kosten der Parkplatzkontrolle und Bussen, gehörten in die gleiche Position. **Urs Weibel** entgegnet, das Reglement müsse auf jeden Fall überarbeitet werden. Damit stellt sich die Frage, ob die Umlagerung dieser Positionen jetzt vollzogen werden soll. Bei der Überarbeitung ist der richtige Zeitpunkt, alles sauber abzugrenzen. **Franz Marty, CVP** geht davon aus, dass das Reglement auch rückwirkend in Kraft gesetzt werden könnte. Für **Zentralverwalter Martin Furger** gibt es kein sowohl / als auch. Der Antrag der GPK ist richtig. Es geht um die Entnahme für den Aufwand für die Parkplatzkontrolle. Dafür ist aber gemäss Reglement der Stadtrat zuständig; der Entscheid darüber liegt bei ihm. Der Antrag der GPK müsste somit an den Stadtrat gerichtet werden. **André Ullmann, Pro Stein** sieht das auch so. Er beantragt aber eine Konsultativabstimmung, damit der Stadtrat die Meinung des Einwohnerrates in dieser Frage kennt. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** nimmt die Anregung entgegen. Der Stadtrat ist bereit, das Reglement so rasch wie möglich zu ändern, vielleicht schon im Februar. **Ratspräsidentin Käthi Rietmann** erkundigt sich, ob die GPK an ihrem Antrag festhalte. **Roland Häberli** ist bezüglich der Rechtslage anderer Meinung. Der Fonds liegt in der Kompetenz des Stadtrates, das Budget aber in derjenigen des Einwohnerrates. Aus seiner Sicht kann in dieser Frage der

Einwohnerrat entscheiden. Er hält am Antrag fest. **David Hilty** hat da seine Zweifel. Er schlägt vor, auf jeden Fall abzustimmen und, falls der Stadtrat zuständig ist, das Resultat als Konsultativabstimmung zu werten. Mit 8 gegen 4 Stimmen stimmt der Einwohnerrat (konsultativ) dem Antrag der GPK zu.

Pos. 210.317.00, Primarschule: **Franz Marty, CVP** stellt den Antrag, diese Position um 11'000 Franken zu erhöhen. Damit soll ermöglicht werden, dass die Schüler regelmässig jährlich einige Male das Hallenbad in Schaffhausen besuchen und wir auf ein Lernschwimmbecken verzichten können. **Guido Lengwiler, Pro Stein** zweifelt an der Möglichkeit, das Vorhaben sofort umzusetzen. Unter anderem sind die Stundenpläne anzupassen. Grundsätzlich aber begrüsst er die Idee. **Ursula Knecht, FDP** bestätigt dies. Die Idee ist gut, die Umsetzung aber benötigt mehr Zeit. **David Hilty, FDP** erklärt, der Betrag könne auch erst in der Rechnung erscheinen und dort dann entsprechend kommentiert werden. **Franz Marty** ist erstaunt, dass es so schwierig sein soll, jede Klasse dreimal jährlich nach Schaffhausen zum Schwimmunterricht zu fahren. **Schulreferentin Heidi Schilling** ergänzt, ein Minimalbetrag, Fr. 850.-, sei bei der Primarschule dafür eingesetzt. Mehr liegt zurzeit stundenplantechnisch nicht drin. **Guido Lengwiler** erklärt, wenn der Rat dafür jetzt einen Grundsatzentscheid fälle, könne das im nächsten Budget aufgenommen werden. **Arthur Cantieni, SP** mahnt, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben. Das Vorhaben muss seriös geprüft werden. Er ist gegen Hauruck – Konsultativabstimmungen. Die Geschäfte müssen seriös überprüft werden. Für **Ursula Knecht** ist der Wunsch vorhanden, auf 2011 einen noch zu ermittelnden Betrag aufzunehmen und abzuklären, ob die Schule das umsetzen kann. Gerade auf der Oberstufe mit ihrem verzahnten Stundenplan ist das nicht leicht. **André Ullmann, Pro Stein** schlägt vor, den Antrag jetzt abzulehnen. Die Schulbehörde nimmt das Anliegen auf und gelangt dann an den Stadtrat für einen Nachtragskredit. **Franz Marty** hält an seinem Antrag fest. Bei der Abstimmung entsteht eine Patt - Situation. 5 Einwohnerräte stimmen dem Antrag Marty zu, 5 lehnen ihn ab, 2 enthalten sich der Stimme. Mit Stichentscheid der Ratspräsidentin wird der Antrag Marty abgelehnt.

Pos. 210.319.00 **Franz Marty, CVP** erkundigt sich, wofür für die Stufen – Projektwochen zusätzlich 10'200 Franken ausgegeben würden. **Schulreferentin Heidi Schilling** kennt keine genauen Details. Die Projektwochen finden nicht jedes Jahr statt. **Franz Marty** beantragt, den Betrag zu streichen. Die Schule hüpfte von Projekt zu Projekt. Er ist der Meinung, Projekte müssten kostenneutral sein. **Heidi Schilling** entgegnet, eine spezielle Woche bringe immer einen Gewinn und sei wertvoll für die Schule. **Richard Schlatter, Pro Stein** ist gegen die Streichung. Er vertraut der Schulbehörde. Daraufhin wird der Antrag Marty mit 11 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Pos. 293.365.00 **André Ullmann, Pro Stein** stellt fest, dass der Aufwand stark gestiegen ist. Er fragt sich, ob es richtig sei, die Kosten hier zu verbuchen. Gehören sie nicht eher zur sozialen Wohlfahrt? **Sozialreferent René Meile** erklärt, der Anstoss zu den Deutsch- beziehungsweise Integrationskursen sei von der Schule gekommen, und diese profitiert auch in erster Linie davon. Die Verbuchung unter dieser Position ist richtig. **Franz Marty, CVP** ist der Meinung, es profitierten vor allem die Eltern. **Ursula Knecht, FDP** sieht Vorteile für beide, Eltern und Kinder. Unter anderem ist es besser möglich, bei Schulfragen mit den Eltern zu verhandeln. **David Hilty, FDP** hält das für Erwachsenenbildung, also ist hier der richtige Ort. Aber: Es

handelt sich um eine Luxus – Lösung; der Einwohnerrat hat die Vorlage seinerzeit so angenommen. Von Seiten des Stadtrates wurde versichert, die Kosten würden noch kontrolliert. Am Projekt mit Kinderbetreuung hat sich nichts geändert. Eine Streichung oder Kürzung wäre falsch. Wir dürfen nächstes Mal bei solchen Anträgen nicht mehr davon ausgehen, dass die Kosten im Budget dann tiefer sind. **René Meile** erklärt, das sei kein Kinderhütedienst. Das Konzept besteht aus drei wichtigen Elementen:

1. Deutschunterricht.
2. Es werden Informationen vermittelt über unsere Schule, die Gemeinde, die Sozialwerke usw. Unter anderem wurde heute die Kirche besucht.
3. Die Kinder werden nicht nur gehütet. Sie lernen spielen, basteln, das Gruppenverhalten usw. Zusätzlich werden sie beobachtet. So haben sie im Kindergarten bessere Chancen. Der Kindergarten Burgacker wird zu 90% von Ausländerkindern besucht. Für diese Aufgaben braucht es eine ausgebildete Kinderbetreuerin und eine Praktikantin. Eine ehrenamtliche Betreuung ist nicht möglich, ebenso wenig eine Angliederung an die Kita. Wenn wir das Konzept durchziehen wollen, müssen wir die Kurse so durchführen. Die Hälfte der Kosten ist gedeckt durch Fonds, Stiftungen und Kursbeiträge.

Für **David Hilty** sind die Erklärungen im Kommentar dürftig. Zusätzliche Erläuterungen wären sinnvoll. Er stellt keinen Antrag. **Richard Schlatter, Pro Stein** ergänzt, Neuhausen arbeite günstiger. Stein am Rhein hat eine Luxusvariante. Trotzdem sollte der Betrag nicht gekürzt werden. **Franz Marty** erkundigt sich, wie viele Kinder betreut würden. **René Meile** antwortet, zurzeit seien es zwölf. Das Budget geht von maximal 15 Kindern aus. Mehr sind aber nicht möglich.

Pos. 309.319.00 **Ursula Knecht, FDP** regt an, am 1. August von den Besuchern des Feuerwerks auch auf den zusätzlichen Parkplätzen eine Gebühr zu erheben. Wenn sie auswärts einen Anlass besucht, bezahlt sie auch eine. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** nimmt diese Anregung mit und prüft sie auf ihre Realisierbarkeit.

Pos. 340.301.00 **Guido Lengwiler, Pro Stein** erkundigt sich zur Besoldung des Bademeisters, ob es sich bei der Anhebung der Besoldungsstufe um einen Druckfehler handle. Die Erhöhung ist enorm; das ist eine Luxusvariante. Damit erreicht er bald die Besoldungsstufe des Stadtpräsidenten. Im Zuge der Sanierung des Strandbades redet man von noch höheren Besoldungskosten. Man muss sich bewusst sein, in welchen Sphären wir uns bewegen und welche Folgen dies für die Zukunft haben könnte. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** muss das prüfen. Der Bademeister arbeitet sehr gut und zuverlässig. Im Herbst ist er auch als Stellvertreter der Hauswarte eingesetzt. Für 2011 muss ein neues Konzept erarbeitet und damit auch diese Position überprüft werden. **Zentralverwalter Martin Furger** erklärt, der Bademeister sei in Besoldungsklasse 10 eingereiht, der Stadtpräsident in Klasse 23. Guido Lengwiler habe Klasse und Stufe verwechselt. Bei guter Leistung hat ein Mitarbeiter Anspruch auf einen Stufenanstieg. **Guido Lengwiler** entschuldigt sich. Trotzdem: Der Betrag ist enorm hoch.

Pos. 330.314.08 **David Hilty, FDP** berichtet, die GPK störe sich daran, dass für die Aufwertung „Vor der Brugg“ eine neue Position geschaffen wurde. Logischerweise müsste man das auch für andere Bereiche tun. Es wäre besser, den Aufwand dort zu verbuchen, wo er hingehört. Das ist zwar Sache des Stadtrates. Die GPK wird sich aber Gedanken machen, wenn eine neue Position geschaffen wird. Man sollte eher

alte abschaffen und die Zusammenhänge im Kommentar erwähnen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** entgegnet, das habe man im Sinne der Transparenz so gehandhabt.

Pos. 340.314.00 **Franz Marty, CVP** erkundigt sich, welche Erneuerungen im Espi geplant seien. Der Steg ist in sehr schlechtem Zustand, und das Bad sollte wieder einmal ausgebaggert werden. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, der Steg müsse erneuert werden. Das Ausbaggern aber sei vom Kanton abgelehnt worden.

Pos. 342.314.00 **Guido Lengwiler, Pro Stein** hat sich bei zwei unabhängigen Fachleuten erkundigt. Wenn eine neue Seilwinde angeschafft wird, braucht es auch ein neues Rettungsboot. Das Geschäft sollte vertagt und neu überdacht werden. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** entgegnet, das sei mit Fachleuten geprüft worden. Die neue Seilwinde passt in unser Rettungsboot. **Guido Lengwiler** beharrt auf seiner Meinung. Er stellt den Antrag, die Seilwinde zu streichen. Dieser Antrag wird mit 5 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Pos. 570, Altersheim: **Franz Marty, CVP** ist aufgefallen, dass im Altersheim in letzter Zeit bei den Kaderpositionen überdurchschnittlich viele Stellenwechsel stattfanden. In einem Fall redete man von Verbesserungen, doch es gab andere Gründe. Es scheinen eklatante Führungsprobleme vorhanden zu sein. Eine Person, die sich dort bewarb, beklagte sich, das Bewerbungsgespräch sei völlig unprofessionell geführt worden. Er ist sehr besorgt über die Zustände und erkundigt sich nach der Zuständigkeit. Er bittet um professionelle Begleitung des Heimreferates, wenn es nicht anders möglich ist, damit der gute Ruf des Heims wieder erreicht werden kann und es nicht zu Schaden kommt. **Sozialreferent René Meile** entgegnet, die Altersheimkommission tage regelmässig und orientiere auch über Stellenwechsel. Dasselbe gilt für die Stellenplankommission. Er weist diese Vorwürfe zurück. **Franz Marty** hält an seinem Votum fest.

Pos. 651.364.00: Roland Häberli führt aus, hier sei unter anderem der Kauf von Aktien der Schiffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein im Betrag von 82'400 Franken budgetiert. In der GPK wurde darüber diskutiert, ob es richtig sei, diesen Kauf durch eine Entnahme aus dem Parkplatzfonds zu finanzieren. Da die Zuständigkeit nicht ganz klar ist, stellt er keinen Antrag, meldet aber Bedenken an. **Finanzreferentin Heidi Schilling** erklärt, auch die Betriebsbeiträge würden im Sinne des Reglements diesem Fonds entnommen. Bei den Aktien handelt es sich um eine ausserordentliche einmalige Entnahme; daher erachtet der Stadtrat das Vorgehen als vertretbar. Gemäss Art. 2 und 3 dieses Reglements ist der Stadtrat dafür zuständig. **Franz Marty, CVP** erkundigt sich, warum die Aktien nicht im Finanzvermögen auftauchen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, die Aktien müssten sofort auf null abgeschrieben werden. Der Kanton handelt gleich.

Seite 50, Kanalisation und Kläranlage: **Roland Häberli** teilt mit, die GPK habe diese Positionen überprüft und dabei festgestellt, dass in den letzten Jahren jährlich über 100'000 Franken in den Erneuerungsfonds gelegt würden, obwohl dieser einen Stand von bald einer Million Franken aufweist. Es ist aber vorgeschrieben, dass die Gebühren nicht höher sein dürfen als die Kosten der laufenden Rechnung und die zukünftigen Investitionen. Man könnte also die Abwassergebühr um 10% senken. Auf Grund der vorliegenden Investitionspläne sind in nächster Zeit keine so hohen

Investitionen geplant, dass der Erneuerungsfonds gebraucht wird. Eine Reduktion um 59'000 Franken wäre locker verkraftbar. Er stellt keinen Antrag, möchte aber die Frage diskutieren.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, Der Abwasserverband habe einen Investitionsplan bis ins Jahr 2020. Er braucht für grosse Investitionen genügend Rückstellungen. 2010 wird ein neuer Dekanter angeschafft, um den Anteil an Trockensubstanz zu erhöhen. Es müssen Verbandskanäle saniert und in Stein am Rhein Fernsehaufnahmen gemacht werden. Zudem steht die Sanierung der Biologie an. Damit können wir zwar noch zwei bis drei Jahre warten, doch diese Investition allein kostet 1,8 Millionen Franken. Neu kommt dazu, dass dieses Jahr die Einwohnergleichwerte erstmals überschritten wurden. Wenn die Bautätigkeit weiter anhält, muss eine Erweiterung der Anlage ins Auge gefasst werden. Auch lokale Kanäle müssen saniert werden, unter anderem der alte Kanal unter dem Obstmarkt. Eine Vorlage dafür ist bereits in Vorbereitung. Es stehen somit Investitionen an.

David Hilty, FDP berichtet, die GPK verzichte auf einen Antrag, da der Stadtrat versprochen hat, eine Gebührensenkung sorgfältig zu prüfen. Er erwartet bei Gelegenheit einen Bericht. **André Ullmann, Pro Stein** hält es für sinnvoll, in den nächsten Jahren bei der Wasserversorgung gewisse Investitionen vorzuziehen, da später keine Subventionen mehr erhältlich sind. Er erkundigt sich nach dem Stand der Dinge. **Werkreferent Ernst Böhni** antwortet, in der Wasserkommission diskutiere man über Grossinvestitionen wie den Zusammenschluss mit Hemishofen, die Sanierung des Pumpwerks Etzwilen und den Ersatz verschiedener alter Leitungen. Dazu muss das Reservoir Erlen auf den neusten Stand gebracht werden. Das sind grosse Happen. Aber diese Sanierungen sind ohne Gebührenerhöhung möglich. Anträge für Subventionen müssen bis 2015 eingereicht werden; für die Ausführung bleibt Zeit bis 2020. Beim Abwasser wird aufgenommen welche Kanäle saniert werden müssen. Auch bezüglich der Finanzen unterbreitet die Kommission dem Stadtrat Vorschläge. Beim Abwasser lässt sich die Senkung der Gebühren noch nicht beziffern.

Pos. 830, Tourismus: **Urs Weibel, SP** merkt an, 2003 seien dafür 40'000 Franken ausgegeben worden. Die Kosten steigen jährlich ziemlich stark. Man müsste einmal über Prioritäten reden. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bejaht; man muss die Ausgaben kontrollieren und auch einmal nein sagen. Aber es gibt neue Organisationen, die sehr gut arbeiten. Auch er hat Mühe mit stets neuen Forderungen. **Franz Marty, CVP** stellt fest, dass auch die Leistungsträger massiv höhere Beiträge zahlen. Wenn heute etwas erreicht werden soll, muss mehr investiert werden. Tragisch ist, dass ein Gesetz fehlt, welches es ermöglicht, von allen Beiträge zu erheben.

Pos. 860, Wärmeverbund: **René Schöffeler** erklärt, die seinerzeitige Wirtschaftlichkeitsrechnung stimme nicht mit den Aussagen im Kommentar überein. Dort wurde versprochen, in ein bis zwei Jahren könne mit einem positiven Abschluss gerechnet werden. Der Stadtrat hat nun den Auftrag erteilt, die Rechnung zu aktualisieren. Die GPK erwartet diese zusammen mit der Rechnung und stellt deshalb jetzt keinen Antrag. **Baufreferent Beat Hug** bestätigt das. Der Anfang war schwierig, der Verbrauch schwer abzuschätzen. Die neue Wirtschaftlichkeitsrechnung wird nächstes Jahr erstellt. Die gegenwärtige Strategie beim Netz lautet nicht mehr erweitern, sondern verdichten.

Pos. 9, Finanzen, Steuern: **René Schöffeler** hat beim Zwischenabschluss vom 30. September die Eingänge verfolgt. Die Steuern der natürlichen Personen sind eher tief eingesetzt und könnten ohne weiteres um 100'000 Franken erhöht werden. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Umfelds verzichtet die GPK auch hier auf einen Antrag; die Steuern der juristischen Personen könnten zurückgehen. Auch der Hinweis auf das Jahr 2010 ist eher konservativ.

Pos. 940.322.00: **René Schöffeler** stellt im Namen der GPK folgenden Antrag: *Der Zinsaufwand ist um 100'000 Franken zu reduzieren. Insbesondere ist der Aufwand für die Finanzierung von Neuinvestitionen 2009 und 2010 zu hoch angesetzt. Zudem liegt der Zwischenabschluss per 30. September 2009 wesentlich unter dem Voranschlag 2009. Wie der Vergleich Voranschlag / Rechnung in den letzten Jahren gezeigt hat, sind die Zinsen jeweils massiv zu hoch budgetiert worden. Im Sinne einer Anpassung an die Realität ist eine Reduktion für die GPK vertretbar.* Ein Antrag wird gestellt, weil hier relativ genaue Prognosen möglich sind. **Finanzreferentin Heidi Schilling** antwortet, die künftige Zinsentwicklung sei unbekannt. Die Schweizerische Nationalbank rechnet eher mit steigenden Zinsen. Daher hält der Stadtrat eine vorsichtig – realistische Budgetierung für richtig. Wenn wir den Betrag unterschreiten ist das umso besser. Abstimmung: Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

Pos. 090.504.00: **René Schöffeler** berichtet, die GPK habe bemerkt, dass der Finanzplan die Rathaussanierung zwar in Klammern erwähnt, die Finanzierung aber nicht gesichert ist. Er erkundigt sich, wann die Planung aufgenommen werde. Wir können nicht alles gleichzeitig realisieren. Zudem wünscht die GPK die Einsetzung einer begleitenden Fachkommission. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, die Windler-Stiftung habe vor zwei Jahren 80'000 Franken für eine Studie gesprochen. Die Arbeit wurde bisher hinausgezögert. René Schöffelers Anmerkung ist richtig. Es ist geplant, im Herbst 2010 mit der Studie zu beginnen. Nach Abschluss derselben im Jahr 2011 wird mit der Stiftung abgeklärt, was diese finanziert. Erst dann kann mit der Sanierung begonnen werden.

Pos. 620.501.44: **Markus Oderbolz** stellt im Namen der GPK folgenden Antrag: *Unter Pos. 330.314.08 ist ein Betrag für die Asphaltierung des Fussweges von der Chrüzerwisstrasse bis zum Fussballplatz in der laufenden Rechnung budgetiert. Die Asphaltierung des Weges entlang des Fussballplatzes von Fr. 40'000.- wurde der Investitionsrechnung belastet. Die GPK ist der Ansicht, dass es sich um gleiche Aufwendungen handelt, die im Voranschlag auch gleich budgetiert werden müssen. Daher sind die Fr. 40'000.- der laufenden Rechnung unter Pos. 620.314.00 zu belasten.* Für **Finanzreferentin Heidi Schilling** gehört die Asphaltierung zum einfachen Unterhalt, der keinen Mehrwert darstellt. Sie gehört daher nicht unbedingt in die Investitionsrechnung. Die Umbuchung ist machbar. Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

Pos. 620.603.00: **René Schöffeler** verweist auf die Anmerkung der GPK, welche lautet: „Falls das Parkhaus Untertor nicht dem Finanzvermögen zugeordnet werden kann, erhöhen sich die Nettoinvestitionen und der Finanzierungsfehlbetrag um je eine Million Franken, der Selbstfinanzierungsgrad reduziert sich auf 18%.“ Diese Zuordnung muss mit dem Kanton noch abgeklärt werden.

Pos.620.662.02: **Roland Häberli** bringt im Namen der GPK folgenden Antrag vor: *Die Investition in den Parkplatz Schützenhaus ist normal abzuschreiben. Mit der Budgetierung in der Investitionsrechnung wird dokumentiert, dass es sich um eine Anlage mit langfristigem Charakter handelt. Diese sind mit 10% = 14'000 Franken jährlich abzuschreiben. Diese Abschreibung kann dem Parkplatzfonds entnommen werden.* **David Hilty, FDP** ergänzt diesen Antrag. Wenn es sich um eine Investition handelt, ist es richtig, diese in zehn oder sogar 20 Jahren abzuschreiben. Eine sofortige Abschreibung ist unüblich; sonst gehört der Betrag eher in die laufende Rechnung. **Finanzreferentin Heidi Schilling** weist darauf hin, dass dieses Vorgehen keinen Einfluss hat auf das Rechnungsergebnis. Mit der vollen Entnahme wollte man eine klare Situation schaffen, auch im Hinblick auf die notwendige Finanzierung des Parkhauses. Der Parkplatz Schützenhaus gehört ins städtische Parkplatzsystem. Nächstes Jahr wird der Stadtrat dem Einwohnerrat eine detaillierte Vorlage unterbreiten. Mit 8 gegen 4 Stimmen wird der Antrag der GPK angenommen.

Pos. 860.503.01 **David Hilty, FDP** erklärt, im Normalfall werde bei der Budgetierung einer grösseren Investition eine detaillierte Vorlage angekündigt. Hier fehlt der Passus; das heisst, die 120'000 Franken werden ohne separate Vorlage vergeben. Er stellt keinen Antrag, möchte das aber festhalten. Er ist überzeugt, dass der Wärmeverbund die 120'000 Franken richtig einsetzt. **André Ullmann, Pro Stein** ist anderer Ansicht. Es ist eine Bemerkung aufzunehmen und das Projekt dem Einwohnerrat vorzulegen. **Baureferent Beat Hug** gibt bekannt, die Projektierung und das Erstellen einer Vorlage seien schwierig. Es ist der Einbau eines kleinen Gaskessels als Notheizung geplant. Er erklärt die Notwendigkeit des Vorhabens. **Stadtschreiber Fritz Jost** bestätigt David Hiltys Aussage. Das Geschäft liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates. Wird das Budget bewilligt, steht das Geld dem Stadtrat zur Verfügung. **André Ullmann** erkundigt sich, wie dringlich die Beschaffung der Notheizung sei. **Beat Hug** erklärt, der kürzlich eingetretene Schadenfall zeige die Dringlichkeit. Kurz zuvor wurde die Anlage im HOGA in Betrieb genommen. Wird die alte Halle abgebrochen, muss vorher gehandelt werden. Der Zeitpunkt ist noch in der Schwebe. Problematisch ist auch der Sommerbetrieb mit dem Holzkessel, da dessen Leistung zu hoch ist. Diese Dienstleistung sollte aber angeboten werden können, denn es sind zwei Anlagen angeschlossen, welche diese Wärme beziehen möchten. Der Gaskessel soll nächsten Sommer eingebaut werden. Abklärungen haben ergeben, dass im ganzen Netz ein Sommerbetrieb möglich ist. Später sind Solarzellen geplant, um den Bewohnern der Altstadt, die auf ihren Dächern keine Solaranlagen erstellen dürfen, diese Energieform ebenfalls anbieten zu können. **André Ullmann** ist es bei diesem Geschäft nicht wohl. Das Problem ist schon länger bekannt, der Stadtrat kennt seine Kompetenzen. Wir stehen unter Druck; er wird deshalb hier keinen Antrag stellen, will aber verhindern, dass diese Praxis einreisst. **Werkreferent Ernst Böhni** wendet ein, es handle sich um einen Betrag von 120'000 Franken. Auch die Wärmekommission stellt kritische Fragen. Es ist fragwürdig, nochmals eine Vorlage auszuarbeiten. Der Betrag soll belassen, der Kommentar ergänzt werden. **André Ullmann** heisst dieses Vorgehen nicht gut. Eine nächste Vorlage würde er ablehnen.

Rückkommensanträge

Guido Lengwiler, Pro Stein kommt auf Pos. 943.423.00 zurück. Was gedenkt der Stadtrat nach der Kündigung des Mietvertrags durch die Colonia Libera zu tun? Gibt es bereits Ideen? Wird die Neuvermietung des Raumes ausgeschrieben? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** verneint. Der Stadtrat ist vorsichtig, denn es

bestehen akustische Probleme. Der Raum kann für verschiedenste Aufgaben der Stadt verwendet werden. Wenn sich ein leiser Mieter meldet, wird sich der Stadtrat die Vermietung dieses Raums nochmals überlegen.

Roland Häberli kommt zurück auf die Abstimmung über die 50'000 Franken aus Pos.113.301.11 bzw. Pos. 620.301.06. Er verliest den entsprechenden Passus aus dem Reglement des Parkplatzfonds. Danach entscheidet der Stadtrat über die Verwendung der Mittel für Schaffung und Unterhalt der Parkplätze, nicht aber über die Verwendung der Bussen und die Kontrolle. Das heisst, dass in dieser Frage der Einwohnerrat definitiv entscheidet. Die Abstimmung war also nicht konsultativ, sondern ein Entscheid des Einwohnerrates. Durch die beschlossenen Änderungen (Zinsen und Asphaltierung) erhalten wir in der laufenden Rechnung einen zusätzlichen Überschuss von 60'000 Franken. Das Ergebnis würde sich also kaum verändern. **David Hilty, FDP** stellt sich hinter Roland Häberli. Das ist ein Fehler im Budget, der Stadtrat muss diesen korrigieren, entweder wegen der Rechtslage oder weil er einsieht, dass auch der Einwohnerrat gute Ideen hat. Für **Zentralverwalter Martin Furger** ist das nicht so klar. Bei dieser Auslegung könnte man auch über die Zuständigkeit beim Unterhalt der Parkplätze diskutieren. Diese liegt mit grosser Wahrscheinlichkeit beim Stadtrat. **Markus Oderbolz** präzisiert: Im Reglement ist eindeutig Schaffung und Unterhalt aufgeführt, nicht aber Bussen. Es ist nicht Sache des Stadtrates, den Zweck zu definieren. **René Schöffeler** mahnt, diese Fragen bei der Überarbeitung des Reglements zu klären, sonst haben wir jedes Mal diese Diskussionen. **Roland Häberli** präzisiert seinen Antrag: Die erwähnte Abstimmung ist nicht konsultativ, sondern ein definitiver Entscheid des Einwohnerrates. Für **Stadtschreiber Fritz Jost** sind diese Überlegungen spitzfindig. Die Stadtpolizei erteilt nicht nur Bussen, sie leert auch die Parkuhren und führt weitere Arbeiten aus. Das Reglement muss konsultiert und es muss Klarheit geschaffen werden. **Roland Häberli** hat Probleme mit dem Voranschlag. Wie sieht dieser jetzt aus? Er verlangt, dass im Protokoll die Höhe des Überschusses festgehalten wird. **Martin Furger** erklärt, über Entnahmen entscheide der Einwohnerrat bei der Genehmigung der Rechnung 2010. Wir haben also noch mehr als ein Jahr Zeit, das Reglement anzupassen. Es ist jetzt nicht sinnvoll zu beschliessen, wer zuständig sei. Jetzt sollte die Abstimmung als konsultativ betrachtet werden; nächstes Jahr kann der Einwohnerrat einen Vorstoss zur Änderung des Reglements lancieren. Danach kann die richtige Verbuchung in der Rechnung 2010 vorgenommen werden. **David Hilty** sieht das Problem darin, dass der Einwohnerrat nicht zuständig ist für Entnahmen. Der Stadtrat soll die juristische Frage abklären. Wenn die Rechnung 2010 im Einwohnerrat behandelt wird, gilt das überarbeitete Reglement. Wir sollten jetzt nicht eine Änderung beschliessen, die nicht in unserer Kompetenz liegt. Für **Roland Häberli** wäre die Sache klar, wenn der Stadtrat jetzt entscheidet. **Stadtschreiber Fritz Jost** wendet ein, wir befänden uns hier nicht an einer Stadtratssitzung.

Beschluss:

**Der Einwohnerrat beschliesst
mit 11 gegen 1 Stimme:**

- 1. Dem Voranschlag laufende Rechnung mit einem bereinigten Überschuss von Fr. 136'890.- und der Investitionsrechnung 2010 wird zugestimmt.
einstimmig:**
- 2. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2010 eine Gemeindesteuer von 97 % zu erheben.**

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Einwohnerratspräsidentin Katharina Rietmann schaltet eine fünfminütige Pause ein.

Traktandum 3

**37 02.25.020 FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan
Finanzplan 2010-2013**

Sachverhalt

Der Stadtrat unterbreitet den Finanzplan 2010-2013 zur Kenntnisnahme. Die Berechnung der Ausgaben und Einnahmen anhand des Voranschlages 2010 und der getroffenen Annahmen führt unter Berücksichtigung der bereits bekannten Veränderungen und der geplanten Investitionen zu folgendem Ergebnis:

Finanzplan 2009 - 2013	2009 R	2010 B	2011 FP	2012 FP	2013 FP
0 Allgemeine Verwaltung	1'768'710	1'783'900	1'723'700	1'772'400	1'774'600
1 Öffentliche Sicherheit	421'140	462'990	460'700	467'900	475'300
2 Bildung	3'613'000	3'450'900	3'213'900	3'273'000	3'333'300
3 Kultur, Freizeit	546'620	572'520	516'100	524'400	532'700
4 Gesundheit	84'000	14'550	16'500	18'500	20'500
5 Soziale Wohlfahrt	1'046'650	1'090'750	1'148'800	1'214'000	1'271'100
6 Verkehr	379'000	415'800	407'900	414'300	420'700
7 Umwelt, Raumordnung	245'800	300'200	247'900	250'600	253'400
8 Volkswirtschaft	201'100	213'900	208'100	214'500	221'000
9 Finanzen, Steuern	-8'453'800	-8'382'400	-7'992'200	-7'482'100	-7'439'400
Total Ergebnis	-147'780	-76'890	-48'600	667'500	863'200

Steuerfuss Gemeinde	98 %	97 %	97 %	97 %	97 %
---------------------	------	------	------	------	------

Antrag

Der Stadtrat beantragt, vom Finanzplan 2010-2013 Kenntnis zu nehmen.

Die Ausführungen zu diesem Traktandum durch **Finanzreferentin Heidi Schilling** erfolgten bereits unter Traktandum 2

Diskussion

Richard Schlatter, Pro Stein läuft es kalt über den Rücken, wenn er die riesigen Ausgaben betrachtet, die dort geplant sind. Er hat aus zwei Gründen keine Freude daran. Einerseits ist der Betrag sehr hoch; andererseits ist die Informationspolitik des Stadtrates sehr mangelhaft. Verschiebungen sind denkbar. Aber es fehlen die Strategie und die Visionen des Stadtrates. Das ist eine gefährliche Situation. Man redet dauernd nur von einzelnen Projekten, nie vom Zusammenhang. Wo sieht der Stadtrat unsere Stadt in 15 Jahren? Warum brauchen wir ein Parkhaus, eine Dreifachhalle? Wie verschönern wir Vor der Brugg? Wie geht es weiter mit dem Rathaus? Bleibt die Verwaltung dort? All das führt in der Bevölkerung und im Einwohnerrat zu Verunsicherungen. Der Stadtrat sollte im kommenden März eine

Einwohnerratssitzung zum Finanzplan ansetzen, an welcher auch der Stiftungsrat anwesend ist und seine Visionen zu Stein am Rhein offen legt, erklärt, welche Projekte dem Stiftungszweck entsprechen könnten. Dann könnte eine Strategie entwickelt werden. Das ganze muss Hand in Hand laufen. Auch zum Strandbad sind Fragen offen. Es fehlt ein Betriebskonzept. Wir dürfen nicht nur viel Geld ausgeben, es muss auch etwas zurückkommen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erinnert daran, dass der Stadtrat die Leitbilder überarbeiten wollte, der Einwohnerrat aber den Kredit dafür ablehnte. Leitbilder sind Visionen und Arbeitsinstrumente zugleich. Man kann dem Stadtrat also keinen Vorwurf machen. Alle Grossprojekte wie Parkhaus, Dreifachhalle und Vor der Brugg wurden auf Grund von Vorstössen im Parlament in Angriff genommen. Alle werden in Kommissionen mit Vertretern aller Fraktionen erarbeitet. Beim Parkhaus muss die Wirtschaftlichkeitsrechnung ausdiskutiert werden; die Sporthalle kann weitergeplant werden, sobald die Finanzierung klar ist. Alle Fragen werden eingehend diskutiert. Es fehlt anscheinend an der Kommunikation in den Fraktionen. **Richard Schlatter** entgegnet, sein Votum habe nichts mit der Kommissionsarbeit zu tun. Es fehlen Angaben zur Verknüpfung der Projekte, Angaben, wo wir im Jahr 2025 stehen wollen. Man sollte im Frühling zusammensitzen. Man weiss zu wenig, kann dies nicht mittragen. Er hat als Bürger Mühe mit Projekten, die wir uns auf Grund des Selbstfinanzierungsgrades schlicht nicht leisten können. Es muss klar diskutiert werden, wie es weitergehen soll. **Einwohnerratspräsidentin Katharina Rietmann** bittet die Kontrahenten, diese Fragen bilateral zu lösen. **André Ullmann, Pro Stein** hofft, der Stadtrat habe auch aus den Eintretensreferaten der Fraktionen gehört, dass eine Prioritätenliste gewünscht wird. Es besteht die Gefahr, dass aus diesen Gründen alle Vorlagen vom Stimmbürger abgelehnt werden. Vielleicht war der Kirchhofplatz bereits ein erster Vorbote in dieser Richtung.

Beschluss:

Vom Finanzplan 2010-2013 wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 4

**38 02.20.005 FINANZEN, Grundstücke und Rechte, Grundstücke
Degerfeld, GB Nr. 955, Genehmigung des Tauschvertrages
mit Theodor Müller, Stein am Rhein**

Sachverhalt

Der damalige Stadtrat schloss am 2. August 1988 mit Theo Müller, Stein am Rhein, einen Tauschvertrag ab. Es ging in diesem Tauschvertrag darum, die Grundstücke GB Nr. 953 und Nr. 954 von Theo Müller und von GB Nr. 955, 1'118 und 1'709 der Stadt Stein am Rhein teilweise abzutauschen. Der Grund bestand darin, die Grundstücke zu arrondieren zwecks besserer Bebauung und auch darin, dass sowohl Theo Müller als auch die Stadt, deren Grundstück GB Nr. 955 nicht an der Degerfelderstrasse liegt, von der Erschliessung über die Degerfelderstrasse profitieren können. Der Tauschvertrag liegt somit im beiderseitigen Interesse.

Der Tauschvertrag wurde mit zwei Varianten, als Variante I und Variante II bezeichnet, abgeschlossen. Die Variante I wäre bei Ablehnung der damals, als neu bezeichneten, Bauordnung in Kraft getreten. Die Variante II mit dem wertgleichen Abtausch wurde für den Fall abgeschlossen, dass der Einwohnerrat der Bauordnung zustimmen sollte. Dieser stimmte der Bauordnung am 13. März 1992 zu und somit wurde, wie im Tauschvertrag festgehalten, die Variante I hinfällig.

Tauschvertrag

Die Vertragsparteien vereinbarten damals, dass die Tauschflächen als gleichwertig und somit als wettauf erachtet werden, wie im Vertrag ausdrücklich festgehalten wurde. Das bedeutet, es sollen wertgleiche Flächen abgetauscht werden, sodass gegenseitig keine Entschädigungen geschuldet sind.

Degerfelderstrasse

Die Degerfelderstrasse wurde auf dem neuen städtischen Grundstück GB Nr. 953 und auf dem bisherigen städtischen Grundstück GB Nr. 952 vom Industriegebiet bis an den Degerfelderweg verlängert. Die Erschliessung bestand lediglich im Strassenbau, ohne Trottoir, das für später vorgesehen wurde. Werkleitungen wurden damals keine verlegt.

Beitrag an die Erschliessungskosten

Theo Müller hat die Erschliessungskosten gemäss Rechnung vom 13. Oktober 1989, im Betrage von Fr. 51'466.55, am 10. Januar 1994 bezahlt. Im Tauschvertrag wurde der Beitrag für die Erschliessungskosten auf Fr. 73'625.-- festgelegt, mit dem Hinweis, dass sich allfällig tiefere Erstellungskosten zu Gunsten von Theodor Müller auswirken würden. Laut Bericht des damaligen Ingenieurs Reto Moggi AG, Kreuzlingen, wurden die veranschlagten Kosten unterschritten. Es liegt ein detaillierter Bericht mit Kostenausscheidungen aufgrund der ausgeführten Arbeiten vor.

Grundbucheintragung

Der Tauschvertrag wurde bisher im Grundbuch nicht eingetragen, was nachgeholt werden soll. Für die Grundbucheintragung fehlt die Zustimmung des zuständigen Organs. Nach heutiger Verfassung sind bei einem Wert der zu tauschenden Fläche von über einer Million Franken die Stimmberechtigten an der Urne (obligatorisches Referendum) zuständig.

Landwert

Der Landwert über die zu tauschenden Flächen wurde nicht rechnerisch ermittelt, sondern nur grob abgeschätzt. Beim Grundstück GB Nr. 952, das in der Bauzone W3 liegt, hat das Amt für Grundstückschätzungen des Kantons Schaffhausen den Landwert kürzlich auf Fr. 374.-- pro Quadratmeter geschätzt. Für die Wohnzone W4, und in dieser befinden sich die zu tauschenden Grundstücke, liegt der Wert höher. Die zu tauschende Fläche misst schätzungsweise 5'700 m². Bei einem Landwert von mindestens Fr. 374.-- pro Quadratmeter ergibt sich somit ein Tauschwert von rund 2,13 Mio Franken. Es ist somit ohne nähere Abklärung klar, dass die Stimmberechtigten an der Urne über diesen Tauschvertrag zu befinden haben. Aber wie schon einleitend dargelegt, sind keine Beträge zu bezahlen, da ein wertgleicher Abtausch erfolgt. Der Wert der zu tauschenden Fläche wurde nur geschätzt, um das für die Genehmigung des Tauschvertrages zuständige Organ zu bestimmen.

Fehlende bauliche Erschliessung

Im neuen Abschnitt der Degerfelderstrasse, zwischen dem Industriegebiet und dem Degerfelderweg, welcher anfangs der Neunzigerjahre erstellt wurde, sind im Hinblick auf die Überbauung das Trottoir zu erstellen und in diesem die nötigen Werkleitungen zu verlegen.

Kosten

Die Kosten für den Vollzug des Tauschvertrages gehen wie vertraglich vereinbart zu Lasten der Stadt. Kurzfristig fallen die Grundbuch- und Vermessungskosten an. Mittelfristig fallen die Kosten für die Erstellung des Trottoirs und Werkleitungen an. Der Zeitplan richtet sich nach den Bauabsichten.

Vom Tausch profitieren beide Parteien, wie einleitend dargelegt, insbesondere aber auch die Einwohnergemeinde, und er liegt somit im beiderseitigen Interesse. Es entspricht auch dem Grundsatz von "Treu und Glauben", wenn nun der Tausch endlich, nach über 21 Jahren seit dem Vertragsabschluss, im Grundbuch eingetragen wird.

Aber auch wenn der Tauschvertrag nun genehmigt wird, können die Parzellen noch nicht überbaut werden, da über die gesamten Flächen der neuen Parzellen GB Nr. 954 (Theodor Müller) und GB Nr. 953 (Stadt Stein am Rhein) noch ein Quartierplan auszuarbeiten und aufzulegen ist. Sollten die Stimmberechtigten dem Tauschvertrag zustimmen, würden Theodor Müller und der Stadtrat den Quartierplan gemeinsam ausarbeiten.

Der Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum gemäss Art. 9 lit f der Gemeindeverfassung vom 21. März 2003.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt zu beschliessen:

Der am 2. August 1988 mit Theodor Müller, Stein am Rhein, abgeschlossene Tauschvertrag betreffend den teilweisen, aber wertgleichen Abtausch zwischen den städtischen Parzellen GB Nr. 955, 1'118 und 1'709 mit den Parzellen GB Nr. 953 und 954 von Theodor Müller wird genehmigt.

Stadtpräsident Franz Hostettmann verweist auf die ausführliche stadträtliche Vorlage unter dem Motto „Was lange währt, wird endlich gut.“ Aus diesem Tausch erwachsen beiden Parteien Vorteile.

Eintretensdebatte

Arthur Cantieni, SP erinnert sich an die Diskussionen zum Bau- und Zonenplan in den Neunzigerjahren. Der Tauschvertrag war damals schon vorhanden und wurde als sinnvoll betrachtet. Es ist merkwürdig, dass der Einwohnerrat jetzt über einen Vertrag aus dem Jahr 1988 befinden muss. Er geht davon aus, dass der Stadtrat überprüft hat, ob dieser noch allen gesetzlichen Vorschriften entspreche. Die Bedingungen haben sich nicht geändert, wohl aber der Landpreis. Doch die Grundstücke sind gleichwertig. Die SP – Fraktion wird dem Tausch zustimmen.

Werner Käser, FDP berichtet, die bürgerliche Fraktion sei sich bei der Beratung der Vorlage rasch darüber einig geworden, dass darauf einzutreten sei. Der Landabtausch liegt im beiderseitigen Interesse. Vertraglich hat sich die Stadt ja

bereits vor 21 Jahren gebunden. Es ist höchste Zeit, jetzt diese Verpflichtung zu erfüllen und den Tausch im Grundbuch einzutragen. Die bürgerliche Fraktion beantragt Eintreten.

Richard Schlatter, Pro Stein beantragt im Namen seiner Fraktion ebenfalls Eintreten und wird zustimmen.

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Beschluss:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der am 2. August 1988 mit Theodor Müller, Stein am Rhein, abgeschlossene Tauschvertrag betreffend den teilweisen, aber wertgleichen Abtausch zwischen den städtischen Parzellen GB Nr. 955, 1'118 und 1'709 mit den Parzellen GB Nr. 953 und 954 von Theodor Müller wird genehmigt.

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 5

**39 03.35.005 INNERES, Gesetze, Gemeinde
Feuerwehrverordnung, Änderung von Art. 11**

Sachverhalt

Der Gemeinderat Hemishofen hat darum ersucht, die Feuerwehren Stein am Rhein und Hemishofen zu vereinigen. Gemäss den Weisungen der kantonalen Feuerpolizei entsteht daraus die Stützpunktfeuerwehr Stein am Rhein+.

Der Stadtrat Stein am Rhein und der Gemeinderat Hemishofen werden eine Vereinbarung unterzeichnen, der Stadtrat unter Vorbehalt der Änderung von Art. 11 der Feuerwehrverordnung durch den Einwohnerrat und der Gemeinderat Hemishofen unter Vorbehalt der Änderung des Gemeinderechts durch die Gemeindeversammlung. Mit der Änderung des Gemeinderechts in Hemishofen ist beabsichtigt, die dortige bisherige Feuerwehrverordnung aufzuheben und die Feuerwehrverordnung der Stadt Stein am Rhein vom 29. Oktober 1993 zu übernehmen resp. zum Gemeinderecht zu erklären. Gleichzeitig soll Hemishofen auch bezüglich der Verrechnung von Feuerwehrleistungen die städtische Verordnung über die Verrechnung von Feuerwehr-, Öl- und Chemiewehr-Einsätzen vom 25. September 1996 übernehmen.

Der Rechtsnatur nach handelt es bei der abzuschliessenden Vereinbarung um einen Anschlussvertrag. Stein am Rhein ist für die Organisation der Feuerwehr zuständig und Hemishofen übernimmt einen Anteil der Kosten. Die Verteilung der Jahreskosten für die Feuerwehr basiert auf der Anzahl Einwohner am 31. Dezember des Vorjahres.

Vorteile für Stein am Rhein

1. Die Stützpunktfeuerwehr Stein am Rhein hat Bestandesprobleme, resp. insbesondere zu wenige atemschutztaugliche Feuerwehrleute. Die Lücke besteht schon seit längerer Zeit und konnte nicht geschlossen werden. Mit dem Anschluss der Feuerwehr Hemishofen soll dieses Problem gelöst oder zumindest verkleinert werden. Der Gesamtbestand an Feuerwehrleuten nimmt mit dem Zusammenschluss ab. In Hemishofen besteht zwar weiterhin ein Einsatzelement zur Durchführung eines Ersteinsatzes, aber die Bestandesreduktion wirkt sich nicht nur dort, sondern insgesamt bei der neuen Stützpunktfeuerwehr Stein am Rhein+ aus.
2. Die Kosten für die neue Feuerwehr sollten nur unwesentlich grösser sein als für die bisherige Stützpunktfeuerwehr, aber sie können nach der Anzahl Einwohner aufgeteilt werden, sodass beide Gemeinden davon finanziell profitieren, wenn auch nicht in einem grossen Ausmass.

Anzahl Einwohner am 31. Dezember 2008

Hemishofen	415	11,51 %
Stein am Rhein	<u>3'189</u>	<u>88,49 %</u>
	<u>3'604</u>	<u>100,00 %</u>

Die Verteilung ändert sich jährlich aufgrund der sich verändernden Anzahl Einwohner.

Feuerwehrpflichtersatz

Da Hemishofen das Steiner Recht anwenden will, wird in Hemishofen derselbe Feuerwehrpflichtersatz zu entrichten sein wie in Stein am Rhein. Jede Gemeinde kassiert diesen selber ein und finanziert daraus das Feuerwehrwesen resp. die anteilig der Gemeinde entstehenden Kosten für die Stützpunktfeuerwehr Stein am Rhein+.

Neue Feuerwehrverordnung

Am 28. September 2009 haben die Stimmberechtigten des Kantons Schaffhausen an der Urne das Brandschutzgesetz geändert. Die Feuerwehrverordnung muss an diese und auch an vorherige Änderungen angepasst werden. Die bisherige Verordnung betreffend die Verrechnung von gewissen Feuerwehrleistungen ist in die Feuerwehrverordnung einzubeziehen.

Feuerwehrkommission

Der Stadtrat ist bereit, der Gemeinde Hemishofen das Mitspracherecht in der Feuerwehrkommission einzuräumen. Die Vertretung der Gemeinde Hemishofen soll umfassen:

- 1 Vertreter als Delegierter des Gemeinderates;
- 1 Vertreter als Delegierter der Feuerwehreinsatzformation Hemishofen.

Diese Zusicherung erfordert die Änderung von Art. 11 der Feuerwehrverordnung.

Änderung von Art. 11 der Feuerwehrverordnung

Damit der Gemeinde Hemishofen das Mitspracherecht in der Feuerwehrkommission eingeräumt werden kann, muss Art. 11 der Feuerwehrverordnung wie folgt ergänzt werden:

Die unmittelbare Aufsicht über das städtische Feuerwehrwesen obliegt der vom Stadtrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählten Feuerwehrkommission. Sie besteht aus:

Ergänzung

- 1 Vertreter als Delegierter des Gemeinderates;

- *1 Vertreter als Delegierter der Feuerwehreinsatzformation Hemishofen.*

Den genauen Wortlaut von Art. 11 der Feuerwehrverordnung entnehmen Sie bitte dem Anhang.

Die Vertreter des Einwohnerrates in der Feuerwehrkommission machten darauf aufmerksam, dass sie üblicherweise bei allen Sitzungen, nicht nur bei Budgetsitzungen, eingeladen und anwesend sind. Sie beantragen, den Wortlaut der Feuerwehrverordnung dem Ist-Zustand anzupassen.

Wortlaute im Vergleich

Der Antrag bezweckt die Änderung von Art. 11 der Feuerwehrverordnung vom 29. Oktober 1993 wie folgt (Änderungen fett markiert):

Bisher

Die unmittelbare Aufsicht über das städtische Feuerwehrwesen obliegt der vom Stadtrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählten Feuerwehrkommission. Sie besteht aus:

- dem Feuerwehrreferenten;
- dem Kommandanten, der das Präsidium übernimmt;
- dem Vizekommandanten;
- dem Materialverwalter;
- 2 Offizieren;) werden von den
- 1 Unteroffizier;) entsprechenden
- 1 Soldaten;) Stufen bestimmt
- dem Fourier, der auch das Protokoll führt;

- an Budgetsitzungen und an Sitzungen, die den Sollbestand betreffen, sind drei Vertreter aus dem Einwohnerrat sowie bei Bedarf ein Vertreter des Zivilschutzes anwesend.

Neu

Die unmittelbare Aufsicht über das städtische Feuerwehrwesen obliegt der vom Stadtrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählten Feuerwehrkommission. Sie besteht aus:

- dem Feuerwehrreferenten;
- dem Kommandanten, der das Präsidium übernimmt;
- dem Vizekommandanten;
- dem Materialverwalter;
- 2 Offizieren;) werden von den
- 1 Unteroffizier;) entsprechenden
- 1 Soldaten;) Stufen bestimmt
- dem Fourier, der auch das Protokoll führt;
- **der Vertretung der Gemeinde Hemishofen:**
 - **1 Vertreter als Delegierter des Gemeinderates;**
 - **1 Vertreter als Delegierter der Feuerwehreinsatzformation Hemishofen**
 - **3 Mitgliedern als Vertreter des Einwohnerrates.**

Die Feuerwehrkommission konstituiert sich selbst.

Es ist vorgesehen, die Änderung auf 1. Januar 2010 in Kraft setzen. Die Inkraftsetzung beschliesst der Stadtrat, wenn alle Formalitäten erfüllt sind.

Für die Änderung der Feuerwehrverordnung ist gestützt auf Art. 21 lit c der Stadtverfassung vom 21. März 2003 der Einwohnerrat zuständig, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums.

Antrag

1. Dem Einwohnerrat wird beantragt, Art. 11 der Feuerwehrverordnung vom 29. Oktober 1993 wird wie folgt zu ändern, resp. wie folgt festzusetzen:

Die unmittelbare Aufsicht über das städtische Feuerwehrwesen obliegt der vom Stadtrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählten Feuerwehrkommission. Sie besteht aus:

- dem Feuerwehrreferenten;
- dem Kommandanten, der das Präsidium übernimmt;
- dem Vizekommandanten;
- dem Materialverwalter;
- 2 Offizieren) werden von den
- 1 Unteroffizier) entsprechenden
- 1 Soldaten) Stufen bestimmt
- dem Fourier, der auch das Protokoll führt;
- der Vertretung der Gemeinde Hemishofen:
- 1 Vertreter als Delegierter des Gemeinderates;
- 1 Vertreter als Delegierter der Feuerwehreinsatzformation Hemishofen.
- 3 Mitgliedern als Vertreter des Einwohnerrates.

Die Feuerwehrkommission konstituiert sich selbst.

2. Die Änderung tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.

Stadtpräsident Franz Hostettmann verweist auch hier auf die Vorlage des Stadtrates. Der Gemeinderat Hemishofen gelangte mit diesem Anliegen an die Stadt. Der Stadtrat hat die Vereinbarung eingehend geprüft. Ihre Genehmigung fällt in die Kompetenz des Stadtrates. Der Einwohnerrat muss lediglich die Änderung von Artikel 11 der Feuerwehrverordnung absegnen.

Die Feuerwehr Stein am Rhein hat zu wenig Atemschutzleute; diesem Missstand kann mit dem Zusammenschluss abgeholfen werden. Hemishofen behält einen Ersteinsatzzug, aber der Gesamtbestand nimmt ab. Die Kosten für die Feuerwehr werden im Verhältnis der Einwohnerzahl aufgeteilt. Der Pflichtersatz ist klar geregelt. Später muss eine neue Feuerwehrverordnung geschaffen werden.

Weiter informiert der Stadtpräsident über die Vereinbarung. Alles Material und das Fahrzeug wurden überprüft. Hemishofen muss noch drei Anschaffungen tätigen. Weiter wird Artikel 13 wie folgt ergänzt: *Betriebskosten und Unterhalt gehen zu Lasten der Feuerwehr*. Der Stadtrat ist der Meinung, der Vereinbarung könne zugestimmt werden unter dem Vorbehalt, dass die Gemeindeversammlung Hemishofen am 15. Dezember dasselbe tut.

Eintretensdebatte

Jörg Derrer, SP begrüsst namens seiner Fraktion den Zusammenschluss. Aus diesem erwachsen beiden Gemeinden Vorteile. In Artikel 17 der Vereinbarung besteht eine Unklarheit. Der Passus „Diese Vereinbarung tritt... unter Vorbehalt von Art. 17 dieser Vereinbarung...“. Handelt es sich hier um einen Druckfehler?

Franz Marty, CVP erklärt, die bürgerliche Fraktion sehe im Zusammenschluss eine Win-Win-Situation für beide Gemeinden. Sie befürwortet Eintreten.

André Ullmann, Pro Stein signalisiert dasselbe von Seiten seiner Fraktion. Der Zusammenschluss ist nicht neu. Es wurde vor einiger Zeit auch ein

Zusammenschluss mit Eschenz aufgegleist, aber da der Kanton sich damit schwer tut, geht es dort nicht weiter. Die Bedenken der Fraktion konnten ausgeräumt werden. Die Kosten können tiefer gehalten werden. Die Überführung soll wie bereits erwähnt zu fairen Konditionen erfolgen. Das wurde durch Fachleute kontrolliert. Das Fahrzeug ist einsatzbereit. Weiter besteht eine klar definierte Liste darüber, welches Material noch angeglichen werden muss. Die Fraktion wird der Vereinbarung und der Anpassung von Artikel 11 zustimmen.

Detailberatung

Richard Schlatter, Pro Stein hat erfahren, dass Stein am Rhein Bestandes-Probleme hat. Er regt an, auf einer Internetseite für die Feuerwehr zu werben; das kommt bei den Jungen gut an.

Beschluss:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Art. 11 der Feuerwehrverordnung vom 29. Oktober 1993 wird wie folgt geändert resp. wie folgt festgesetzt:**
Die unmittelbare Aufsicht über das städtische Feuerwehrwesen obliegt der vom Stadtrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählten Feuerwehrkommission. Sie besteht aus:
 - dem Feuerwehrreferenten;
 - dem Kommandanten, der das Präsidium übernimmt;
 - dem Vizekommandanten;
 - dem Materialverwalter;
 - 2 Offizieren) werden von den
 - 1 Unteroffizier) entsprechenden
 - 1 Soldaten) Stufen bestimmt
 - dem Fourier, der auch das Protokoll führt;
 - der Vertretung der Gemeinde Hemishofen:
 - 1 Vertreter als Delegierter des Gemeinderates;
 - 1 Vertreter als Delegierter der Feuerwehreinsatzformation Hemishofen.
 - 3 Mitgliedern als Vertreter des Einwohnerrates.**Die Feuerwehrkommission konstituiert sich selbst.**
2. **Die Änderung tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.**

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 6

**40 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
Wahl des Ratsbüros 2010**

- a) **Präsident**
In geheimer Wahl wird der bisherige Vizepräsident Arthur Cantieni (SP), mit 12 Stimmen zum Einwohnerratspräsident für das Jahr 2010 gewählt.
- b) **Vizepräsident**

In geheimer Wahl wird der bisherige Aktuar Franz Marty (CVP, bürgerliche Fraktion), mit 12 Stimmen zum Einwohnerrats-Vizepräsidenten für das Jahr 2010 gewählt.

- c) Aktuar
Als Aktuar für das Jahr 2010 wird in geheimer Wahl auf Vorschlag der Pro Stein Richard Schlatter mit 12 Stimmen gewählt.
- d) Stimmenzähler
Die bisherigen Jörg Derrer (SP) und Werner Schmid (FDP) werden von ihren Fraktionen vorgeschlagen und vom Einwohnerrat in offener Abstimmung einstimmig gewählt.

Mitteilung an:

Stadtschreiber (Behördenverzeichnis)
Stadtratskanzlei (Homepage, Adressen)
Ablage

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit stellt **Ratspräsidentin Katharina Rietmann** den Ordnungsantrag, die Traktanden 7 (Stadtbus) und 8 (Bootshafen) auf nächste Sitzung zu verschieben.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Traktandum 7

41	03.20.000	INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
	09.05.	VERKEHR, Bus
		Stadtbus / Interpellation Werner Schmid und drei
		Mitunterzeichnende, Begründung und Beantwortung

und

Traktandum 8

42	03.20.000	INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
	00.45.000	BAU, Wasserbau, Bootshafen
		Bootshafen aufwerten, Postulat Werner Käser vom
		14. November 2009. Begründung, Erheblicherklärung.

werden auf nächste Sitzung verschoben

Traktandum 9

43	03.20.000	INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
		Allgemeine Umfrage

Keine Wortmeldung.

Zum Schluss dankt **Katharina Rietmann** allen Ratsmitgliedern, den Behörden und den Kommissionen für ihre Arbeit zu Gunsten unseres Städtchens. Sie schliesst ihr Amtsjahr mit dem Sprichwort:

„Herr, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu verändern, die ich zu verändern vermag und die Weisheit, das Eine vom Anderen zu unterscheiden.“

In diesem Sinne wünscht sie allen schöne Festtage und ein gutes Neues Jahr.

Stadtpräsident Franz Hostettmann dankt im Namen des Stadtrates der Präsidentin für die Leitung der Sitzungen und den Ratsmitgliedern für die Zusammenarbeit. Im vergangenen Jahr wurden wiederum recht viele Geschäfte erledigt. Er schätzt die Zusammenarbeit mit Einwohnerrat und GPK zum Wohl unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Er wünscht allen Anwesenden eine besinnliche Adventszeit, schöne Festtage und ein glückliches neues Jahr mit neuen Geschäften und neuen Anforderungen.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

Stein am Rhein, 22. Dezember 2009

Der Protokollführer:

Werner Vögeli